Groß-Berliner C. V.-Post

Nachrichtendienst des Verbandes Groß-Berliner Ortsgruppen des C. V.

Nummer 1 | **Berlin, den 23. Oktober 1925** | **Erscheint nach Bedarf**

Auf zur Wahl! Vernunft muß siegen!

An unsere Groß-Berliner Freunde und Mitglieder.

Die Reichshauptstadt ist von jeher der Zentralpunkt politischer Kämpfe gewesen. Von Stöckers Zeiten her wissen wir, daß der Judenhaß in Berlin die gefährlichsten Formen angenommen hat, und daß alle Kämpfe mit den vereinigten Judenhassern, auch wenn sie in Ost oder West, in Süd oder Nord ihren Ausgang nahmen, in Berlin zum entscheidenden Austrag gekommen sind. Das ist ja auch zu natürlich, weil Berlin der Sitz der Reichsregierung, Verwaltungsbehörden und des Parlaments ist.

Wenn der Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens ein Menschenalter hindurch auf der Wacht gewesen ist und Attentate auf Ehre und Leben des deutschen Judentums erfolgreich abgewehrt hat, so ist das in erster Linie der Tatsache zu danken, daß wir stets bemüht gewesen sind, die Organisation in Groß-Berlin mit aufopferungsvoller Hingabe auszubauen. Dieser Ausbau wurde gekrönt durch die Schaffung des Verbandes Groß-Berliner Ortsgruppen, der den Abwehrkampf und die Aufklärungstätigkeit in die feste und übersichtliche Form einer straffen Organisation kleidete.

Es wäre Verrat an Deutschtum und Judentum, wollten wir bei dieser Arbeit auf halbem Wege stehenbleiben. Aufklärungs- und Organisationsarbeit kann nur in Zeiten geleistet werden, in denen der Tageskampf nicht alle Kräfte restlos in Anspruch nimmt. Es ist zu hoffen, daß es in den nächsten Wochen möglich sein wird, uns zu sammeln und zu stärken. Auf dem Wege zu diesem Ziel soll uns die heute zum ersten Male erscheinende „Groß-Berliner C. V.-Post“ behilflich sein.

Daß die erste Nummer unserer C. V.-Post einen Tag vor der Stadtverordnetenwahl in Groß-Berlin erscheint, ist kein Zufall. Wenn es je eine Gelegenheit für die jüdischen Deutschen in Groß-Berlin gibt, dem gewaltigen Ansturm der Völkischen um Wulle und der Deutschsozialen um Kunze einen Damm entgegenzusetzen, dann sind es die Stadtverordnetenwahlen. Wir haben einige hervorragende Kommunalpolitiker gebeten, sich über die Bedeutung der Stadtverordnetenwahlen zu äußern. Wir müssen uns in Anbetracht des zur Verfügung stehenden Raumes damit begnügen, die Warnungs- und Mahnrufe zu unterstreichen und hinzuzufügen:

würdelos jeder Berliner Jude und jede Berliner Jüdin, die am Sonntag der Wahlurne fernbleibt und dadurch den Völkischen zu einem Erfolge verhilft.

Tagtäglich werden wir in der gegnerischen Presse geschmäht, der jüdische Einfluß mache sich allüberall im Volks- und Wirtschaftsleben schädigend breit. Hier ist wirklich einmal Gelegenheit für die jüdischen Deutschen in Groß-Berlin, von ihrem Staatsbürgerrecht machtpolitisch Gebrauch zu machen. Bei der zu erwartenden schwachen Wahlbeteiligung werden die jüdischen Stimmen, wenn sie restlos abgegeben werden, ins Gewicht fallen.

Darum auf zur Wahl! Sorgen wir dafür, daß am 25. Oktober in Groß-Berlin die Vernunft siegt und der Judenhaß unterliegt.

Dr. Bruno Glaserfeld

1. Vorsitzender des Verbandes Groß-Berliner Ortsgruppen.

Wir verlangen Gleichberechtigung!

Uebermütiger als je erheben die Antisemiten aller Richtungen ihr Haupt. Ganze Stoßtrupps von Hakenkreuzlern in reichlich jugendlichem Alter erscheinen als Störenfriede in den Versammlungen. Harmlose Passanten werden auf den Straßen belästigt, ehrwürdige Bürger verfolgt und geschlagen. Die Polizei hat nach einer Verordnung des Polizeipräsidenten die Verpflichtung, gegen das skandalöse Treiben dieser Horden einzuschreiten und auch mehrmals den aufrichtigen Willen bekundet, gegen den Unfug vorzugehen. Aber noch ehe sie zur Stelle eilen kann, haben die meist dem schulpflichtigen Alter Angehörigen die Flucht ergriffen.

Ein beschämendes Beispiel für Berliner und Fremde! Die Reichshauptstadt erlebt eben jetzt, wie wiederholt in großen Zwischenräumen, eine antisemitische Welle, die derjenigen in den Tagen der Stöcker, Ahlwardt, Pückler, Böckler in nichts nachsteht.

Auch diese Welle wird sich brechen an dem gesunden Sinn der Berliner Bevölkerung und in der Geschichte unserer Vaterstadt dereinst fortleben als eine sehr üble aber vorübergehende Erscheinung.

Dazu ist erforderlich, daß alles, was freiheitlich denkt und innerlich sich wirklich frei weiß, sich frei mache von jeder Intoleranz, Engherzigkeit und Kleingeistigkeit, vom Klassen- und Rassenhaß, vom konfessionellen Hader wie von Kastengeist und Standeshochmut.

Der Bürger der deutschen Republik darf sich nicht begnügen mit der Gleichberechtigung, wie sie in der Verfassung verkündet wird.

Wir verlangen eine Gleichberechtigung als eine aus dem tiefsten Herzen aller Volksgenossen kommende Volksanschauung, die sich überall auch im gesellschaftlichen Leben und Verkehr auswirken muß.

Hand in Hand mit den wahrhaft Freien der deutschen Nation wollen wir den Kampf um die Gleichberechtigung führen, am 25. Oktober für den Sieg der deutschen Demokratie!

Merten,
Mitglied des Landtages und Stadtverordneter.

Frauen heraus!

Am Sonntag, den 25. Oktober 1925, fällt die Entscheidung über die Zukunft des Berliner Schulwesens. Soll die Berliner Jugend in einer Atmosphäre aufwachsen, — ich rede gar nicht von der Ungeheuerlichkeit des Antisemitismus in der Schule, diesem schlimmsten Seelenmorde — wo man bestenfalls durch Schranken der Herkunft, der Konfession, des Standes getrennt mit freundlicher Achtung aneinander vorbeigeht oder in einem brüderlichen Mit- und Füreinander, das keine Schranken kennt und eine Abschließung überhaupt nicht erträgt? Am Sonntag werden in Wirklichkeit die Direktoren und Lehrer der Berliner Schulen gewählt und damit der Geist bestimmt, der in den einzelnen Schulen herrschen soll. Das sollte nicht jedem Jugendfreund, jedem Vater, besonders aber jeder Mutter tief in der Seele brennen, und da sollte auch nur eine Wählerstimme verloren gehen? Frauen, heraus für die neue Schule der rechten Jugendheimat voll Freude, Freiheit und Frieden!

Bertha Gerhardt,
Oberstudiendirektorin der städt. Studienanstalt.

Diese Nummer enthält Beiträge von:

- Dr. med. Bruno **Glaserfeld.**
- Regierungsrat **Merten,** M. des L. und Stadtverordneter.
- Oberstudiendirektorin Bertha **Gerhardt.**
- Schriftsteller Dr. Alex. **Stein,** Reichsbildungsleiter.
- Rektor Dr. Otto **Schulz.**
- Chefredakteur der „Germania“ Hermann **Orth.**
- Dr. med. Kurt **Rosolleck-Weißensee.**

Judenfeindschaft im Groß-Berliner Stadtparlament.

Die Wahl am 25. Oktober legt jedem Staatsbürger jüdischen Glaubens die Pflicht auf, darüber nachzudenken, auf welche Weise man am besten der antisemitischen Schmutzflut entgegentreten kann, die von einigen Parteien auch in das Berliner Stadtparlament hineingetragen worden ist. Man braucht nur auf die herausfordernden Reden des völkischen Stadtverordneten Kube, des Führers der Deutschnationalen, Pfarrer Koch oder des berüchtigten Knüppel-Kunze hinzuweisen, um zu erkennen, in wie starkem Maße das Gift der antisemitischen Verhetzung von den Vertretern der Rechtsparteien in die Berliner Bevölkerung hineingetragen wird. Es sind nicht bloß demagogische Redensarten, die von diesen Herrschaften gemacht werden, ihre antisemitische Einstellung äußert sich bei jeder sich bietenden Gelegenheit und wirkt sich stets, wenn es auch nach außen hin nicht immer klar in die Erscheinung tritt, zum Schaden der jüdischen Mitbürger aus. Wird der Einfluß der judenfeindlichen Parteien im Stadtparlament nicht zurückgedrängt, so kann man, in Verbindung mit der allgemeinen Verschlechterung der innerpolitischen Lage, eine noch schärfere Tonart gegenüber den Staatsbürgern jüdischen Glaubens erwarten. Es genügt beispielsweise, um zu erkennen, welche Gefahren der fortschrittlichen Entwicklung des Schulwesens auch in Berlin drohen, wenn die oben gekennzeichneten Parteien ihren Einfluß behalten.

Es ist deshalb Pflicht eines jeden Staatsbürgers jüdischen Glaubens, bei den Kommunalwahlen am 25. Oktober mit aller Entschiedenheit dafür zu sorgen, daß nur solche Personen in das Stadtparlament gewählt werden, die die Gewähr dafür bieten, daß das kulturelle und wirtschaftliche Leben der Reichshauptstadt sich in freiheitlichem Sinne entwickelt.

Dr. Stein,
Reichsbildungsleiter der SPD.

Den Eltern unserer Kinder!

Ein kluger und feiner Mensch hat einmal den Antisemitismus „das nach innen gewandte Gesicht des radikalen Nationalismus" genannt. Die Geschichte der jüngsten Zeit hat ihm immer wieder recht gegeben. Aber eben diese Geschichte lehrt uns mehr: sie sagt uns, daß der Antisemitismus eine Kulturschande ist, deren sich eine große Nation — und das sind wir trotz des Zusammenbruchs — nicht schuldig machen sollte. Man empfindet es in Kreisen des Antisemitismus, die seit jeher mit denen der Alldeutschen eng liiert sind, als ungeheuere Schmach, daß französische schwarze Horden auf deutschem Boden stehen. Aber man hat nicht das geringste Empfinden in diesen Kreisen, wie lächerlich klein diese Schmach ist gegenüber der, die darin besteht, daß man deutsche Volksgenossen, die so gute Deutsche sind wie alle anderen, nur weil sie einen anderen Glauben haben, verfolgt und schmäht.

Wem ein gütiges Geschick das ernste und heilige Amt eines Jugenderziehers gegeben hat, dem bietet sich hier ein reiches Feld der Tätigkeit. Ist er sich seiner hohen Aufgabe, deren Endziel nur die Erziehung zu edlem Menschentum sein kann, bewußt, dann kann er niemals seine ihm anvertrauten Zöglinge, die Zukunft unseres Volkes, im Geiste antisemitischer Hetzapostel erziehen. Das wäre die wahre Sünde wider den Geist.

Und warum diese Worte bei der Wahl zu den Berliner Stadtvertretungen? Es muß sich jeder deutsche Vater und jede deutsche Mutter darüber klar sein, daß jede Stimme, die völkischen Kreisen zufällt, die Gefahr einer weiteren Verhetzung unserer Jugend mit sich bringen kann und muß. Denn der Geist der Schule hängt sehr viel ab von dem, der an der Spitze des Schulwesens steht. Diesen Mann für Berlin zu wählen, wird eine der großen Aufgaben der neuen Stadtvertretung sein. Darum — haltet die Seele eurer Kinder frei von dem Gift der Verhetzung, lehrt sie, jeden ehrlichen Menschen zu achten, gleichgültig wie er zu Gott betet.

Das wollt ihr? Gut; dann sorgt aber auch dafür, daß die Schule nicht umwirft, was ihr aufbaut! Das könnt ihr nur, wenn keine Stimme bei der Stadtverordnetenwahl für völkisch-nationalistische Kreise abgegeben wird.

Berlin, den 20. Oktober 1925.

Dr. Schulz,
Rektor der 91. Schule.

Doppelte Pflicht der deutschen Juden in Groß-Berlin.

Die Bedeutung der Stadtverordnetenwahlen wird immer noch unterschätzt. Es gibt zwar weite Kreise, die ein Interesse daran haben, es so darzustellen, als würde in den Gemeindeparlamenten nur über wirtschaftliche Dinge entschieden. In den Stadtverordnetenversammlungen dürfe, so heißt es in diesen Kreisen immer wieder, die Politik keinen Raum haben. Das sind zum Teil dieselben Leute, die am eifrigsten bestrebt sind, über die Wirtschaftsfragen ihre politischen Anschauungen zum Durchbruch zu bringen. Gewiß hat das Stadtparlament in erster Linie Aufgaben zu erledigen, die mit Politik nichts zu tun haben. Aber der Aufgabenkreis der städtischen Vertretungen erstreckt sich auch auf das kulturelle und politische Gebiet. Um nur einen Punkt herauszugreifen: Die Stadtverordnetenversammlungen haben ein gewichtiges Wort mitzureden in Personalfragen, bei der Besetzung wichtiger kommunaler Aemter. Da ist es wirklich nicht gleich, wer diese Stelle zu vergeben hat. Man könnte leicht viele hundert Beispiele aufführen, in denen bei solchen Fragen politische Meinungen und politische Voreingenommenheiten eine ausschlaggebende Rolle spielten. Die Geschichte der deutschen Kommunalpolitik hat gezeigt, daß gerade das Gebiet des städtischen Gemeinwesens ein dankbares Feld abgegeben hat für politische und religiöse Intoleranz. Es gibt Stadtverordnetenversammlungen mit „liberaler" Mehrheit, wo kein Katholik etwas werden kann. Es gibt sehr viele Gemeindeparlamente, in denen jüdische Kandidaten nicht die mindeste Aussicht haben. Der Glaube, der Antisemitismus, der Sozialismus der Dummen, habe in den kommunalen Körperschaften kein Betätigungsfeld, ist ein großer Irrtum. Daraus erwächst auch den deutschen Juden eine doppelte Pflicht; erstens die Bedeutung der Stadtverordnetenwahlen nicht zu unterschätzen und sich unter allen Umständen an ihnen zu beteiligen, zweitens sich genau die Kandidaten anzusehen, die sich um ihre Stimmen bewerben. Hütet euch vor den antisemitischen Wölfen, die vor den Wahlen in dem harmlosen Schafskleid der wirtschaftlichen Fürsorge für alle Bürger umhergehen.

Orth, Chefredakteur der „Germania".

Für das Wohl der Gesamtheit.

Jeder Wähler, der für das Wohl der Stadt wirken will, gehe am 25. Oktober 1925 an die Wahlurne, denn das ist die einzige Arbeit, die er leisten muß. Nicht wählen, und dann tadeln, das tuen die ewig Unzufriedenen. Auch eine große Zahl jüdischer Bürger vertreten den Standpunkt, daß man das alte, soweit es gut ist, erhalten soll. Denn eine Gegnerschaft gegen irgendeine Klasse oder Religion ist damit nicht verbunden. Sollten einem Kandidaten persönliche Antipathien nachgesagt werden, möge sich jeder Wähler unvoreingenommen bei ihm selber informieren und dann abwägen, was er für wichtiger hält: das Wohl der Gesamtheit oder sein persönliches. Und dann tue er seine Pflicht.

Dr. Rosolleck,
2. Vorsitzender der deutschen Volkspartei,
Ortsgruppe Weißensee.

Wie die Völkischen hetzen!

Versammlung in einem Berliner Arbeiterviertel.

Dicht gedrängt standen etwa 400 Zuhörer, fast ausschließlich völkisch gesinnte Männer und Frauen am 15. Oktober in den Tanzsälen der Fruchtstraße. Immer mehr Menschen versuchten Einlaß zu bekommen; bis schließlich der Saal polizeilich geschlossen werden mußte. Je mehr Schimpfworte gegen die Juden gebraucht wurden, desto größer wurde der Beifall. Die Erregung, die schließlich zur Siedehitze gestiegen war, nahm derartige Formen an, daß die Völkischen den wenigen anders Gesinnten, die sich ab und zu durch Zwischenrufe bemerkbar machten, ihre völkische Ansicht mit der Faust beibrachten.

Der erste Redner, **Reichstagsabgeordneter Graf Reventlow**, sprach über den internationalen Kapitalismus und die auswärtige Politik. Welche Regierung auch immer, angefangen von den Volksbeauftragten während der Revolution, bis zur heutigen am Ruder gewesen sei, sie alle waren nur gefügige Werkzeuge in der Hand des jüdischen Kapitalismus. Der Londoner Pakt, Locarno, die Friedens- und Sicherheitskonferenzen seien alle nur Mittel zur Befriedigung der Profitgier des internationalen jüdischen Kapitalismus. Wenn Stresemann erklärt, der Judenhaß sei eine Schande für Deutschland, da Deutschland ja zu seiner Wiederaufrichtung auf die Hilfe des internationalen jüdischen Kapitalismus angewiesen sei, so sei das empörend für einen deutschen Außenminister. 2½ Milliarden muß Deutschland im nächsten Jahre an das kapitalistische Ausland zahlen, an das Ausland, das in den Händen desjenigen Volkes liegt, das leider gesund durch das rote Meer gekommen ist. Der ganze Völkerbund sei weiter nichts als ein jüdisches Geschäft. Nach

dem Ausspruch eines Dortmunder Rabbiners ist der Berg von Genf die Vorstufe für den Berg von Zion. Nicht von außen, wie Stresemann es wünscht, kann der Staat von dem jüdischen Kapitalismus gerettet werden, sondern nur mit Hilfe einer völkisch sozialen Erneuerung kann Staat und Volk wieder gesunden.

Hierauf ergriff

Reichstagsabgeordneter Wilhelm Kube

das Wort zu seinem Referat: „Berlin deutsch oder jüdisch?"

Kube, der oft minutenlange Beifallsstürme hervorrief, führte etwa folgendes aus: Berlin sei durch die Herrschaft der Sozialdemokraten in einen Saustall verwandelt worden, den man mit aller Macht ausmisten müsse. Die Sozialdemokratische Partei oder besser Barmatpartei hat sich durch ihre enge kapitalistische Verbindung mit internationalen jüdischen Großschiebern unmöglich gemacht. Nicht weniger gefährlich seien die Demokraten, die Partei der Großbanken und des Börsenkapitals, kurz Neujerusalem in Berlin. Die Juden dürften kein Stimmrecht erhalten, denn über die deutschen Geschicke sollen einzig und allein nur Deutsche entscheiden. Ein erhebendes Gefühl für jeden völkischen Mann sei es gewesen, als ein Mitglied des Roten Frontkämpferbundes in einer Versammlung bei der Diskussion erklärte, sie hätten es längst satt, sich von den galizischen Juden führen zu lassen. Die Deutschvölkischen reichen den Arbeitern, die von Juden irregeleitet und ausgenutzt werden, freudig die Hand. Die völkische Partei will die Arbeiter aus dem Proletariat herausziehen und sie zu freien Staatsbürgern und nicht zu Judenknechten machen. Auch das Zentrum hat den Juden wertvolle Dienste geleistet. In Preußen geht das Zentrum mit Juden und Judengenossen, im Reiche mit den Deutschnationalen. Wir wollen keinen Kampf zwischen Katholiken und Protestanten, wir wollen nur den Kampf gegen Juden. Kube setzte sich dann mit den Deutschnationalen auseinander. Eine Partei, die in ihren Zeitungen, (Nachtausgabe des „Tag") auf der einen Seite den Franzosen Clemenceau verherrliche, auf der anderen den jüdischen Artisten Breitbart, kann durch derartige Taktlosigkeiten die nationale Front nicht verstärken. Wer für die Befreiung Berlins von den Ketten der jüdischen Geldherrschaft ist, wer gegen die Versklavungspolitik, gegen die verjudete Schule ist, wer eine gesunde deutsche Wohnungspolitik und keine verjudete Korruptionswirtschaft, wer Berlin als deutsche Stadt erhalten will, wählt völkisch.

Jüdische Deutsche in Berlin, gebt den Hetzern am Sonntag die gebührende Antwort durch den Stimmzettel.

Groß-Berliner Echo.

Aus unseren Ortsgruppen.

Der Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens ist ein überparteiliches Gebilde. Die Stadtverordnetenwahlen interessieren uns nicht unter dem Gesichtspunkt der Politik, sondern nur insoweit, als es nötig ist, völkische Uebergriffe abzuwehren und für die Ehre und das Leben der jüdischen Berliner einzutreten. Unsere Hauptaufgabe sehen wir vor der Stadtverordnetenwahl am Sonntag darin, die jüdischen Wähler Groß-Berlins restlos an die Wahlurne zu bringen, um an unserem Teil zu helfen, daß die völkischen Kraftanstrengungen mit einer Niederlage enden.

Wir werden unseren Gegnern nicht den Gefallen tun, ihnen zu sagen, was wir während der Stadtverordnetenwahlbewegung geleistet haben. Unsere Freunde können versichert sein, daß wir nach allen Richtungen auf dem Posten gewesen sind. Wir haben bis zum Redaktionsschluß Berichte aus 34 völkischen Versammlungen erhalten, die uns rechtzeitig informierten.

Auch in den Ortsgruppen-Versammlungen der letzten Wochen haben wir auf die Bedeutung der Stadtverordnetenwahlen hingewiesen, selbst wenn das Thema nicht in direktem Zusammenhang mit den Wahlen stand.

In der Verbandsvorstandssitzung vom 8. September 1925 nahmen die Wahlen einen breiten Raum ein. In einer von Frau Sanitätsrat Wreschner und unserem Syndikus Schweriner eingeleiteten Aussprache gab der Vorsitzende des Central-Vereins, Herr Justizrat Brodnitz, einen geschichtlichen Ueberblick über die Wahlkämpfe in Groß-Berlin in den letzten Jahrzehnten, um dann auf die große Bedeutung auch der Wahl vom 25. Oktober ganz besonders hinzuweisen.

In der Verbandsvorstandssitzung am 13. Oktober 1925 mahnte der Vorsitzende des Verbandes Groß-Berliner Ortsgruppen, Herr Dr. Glaserfeld, in eindringlicher Weise, daß es aller Groß-Berliner Juden Ehrenpflicht ist, am 25. Oktober 1925 ausnahmslos zur Wahlurne zu schreiten.

Werbt neue Mitglieder!

Die vom Berliner Bureau zu leistende Arbeit wurde in den wöchentlich stattfindenden Verbandsausschußsitzungen besprochen und gewertet. Zehntausende von roten Zetteln wurden u. a. allen Korrespondenzen und allen Einladungen beigelegt, die unsere Mitglieder aufrüttelten, für die Wahl zu arbeiten und am Sonntag zu wählen.

In der Ortsgruppe Friedenau sprach am 14. September 1925 Herr Abgeordneter Nuschke in einer gut besuchten Versammlung über das Thema „Die Vororte als Hochburg des Antisemitismus". Die Aussprache, an der sich besonders Herr Landrichter Dr. Seligsohn beteiligte, war eine ausgezeichnete Unterstützung des stürmischen Beifall erntenden Referats.

In der Ortsgruppe NW. im dichtgefüllten Saal des Café Gärtner sprach am 30. September 1925 Oberstudiendirektor Dr. Henning vor Central-Vereinlern und Frontbundleuten über „Der Jude in Deutschland". Es war ein selten genußreicher Abend! Schade nur, daß nicht Tausende und aber Tausende von christlichen Mitbürgern Gelegenheit hatten, diesen Worten eines großen Pädagogen und ebenso großen Menschenfreundes zu lauschen.

Weniger gut besucht war eine Versammlung in Neukölln am 5. Oktober 1925, in der Landrichter Dr. Seligsohn über die Stadtverordnetenwahlen sprach. Unser Versöhnungstag war noch nicht genügend verklungen, um dem Kampfgedanken den gebührenden Anteil zu verschaffen.

Vom 12 Oktober 1925 an herrschte Hochbetrieb im Verband Groß-Berliner Ortsgruppen. An einem Tage oft mehrere Versammlungen. Kommissionssitzungen wechselten mit Vorstandssitzungen und Ortsgruppenversammlungen ab, die sich immer wieder und wieder mit der Frage der Befestigung der Organisation in Groß-Berlin und der Mitgliederwerbung beschäftigten.

Besonders hervorzuheben ist die Vorstandssitzung der rührigen Ortsgruppe S., SW., SO. unter Leitung ihres Dr. Graetz, die, wie in den Vorjahren, für das Winterhalbjahr 1925-26 für die Aufklärung in christlichen Kreisen durch Aussprachen in kleinen Zirkeln von Berufskollegen sorgen will. Zunächst werden diese Aussprachen vor Berliner Schulmännern stattfinden.

Um den führenden Männern und Frauen Groß-Berlins Gelegenheit zu geben, sich aus dem Munde eines Fachmannes ein Bild über die Wirtschaftslage zu machen, schaltete die Verbandsvorstandssitzung am 13. Oktober 1925 einen Vortrag des Herrn Redakteur Bernstein über „Die wirtschaftliche Lage" ein.

In einer Vorstandssitzung der Ortsgruppe Charlottenburg unter Führung des unermüdlichen Kommerzienrats Hamburger wurde die Winterarbeit, systematische Ausdehnung unserer Aufklärungsarbeit, beraten. Was Kleinarbeit vollbringen kann, sieht man besonders in Charlottenburg, wo die Zahl der Mitglieder von Tag zu Tag wächst.

Am 15. Oktober 1925 tagte eine gut besuchte Vorstandssitzung der Ortsgruppe Osten, unter Vorsitz des Herrn Marcus, in der über Winterarbeit und Kleinarbeit gesprochen wurde. Besonders die Frage, wie man Lichtenberg in den Kreis der Organisation hineinziehen kann, wurde glücklich gelöst. U. a. wurde ein Purimfest in Aussicht genommen.

Das Leitmotiv der Frauenkundgebung am 20. Oktober 1925 im Bankettsaal Rheingold war: „Die deutsche Jüdin im deutschen Volksleben!" Sämtliche Frauengruppen des CV. hatten sich zu dieser Kundgebung zusammengeschlossen, und die Ausführungen von Frau Dormitzer-Nürnberg und Frau Goldstein-Darmstadt fanden reichen Beifall.

So sind wir in Groß-Berlin rastlos bemüht, Angenehmes und Nützliches zu vereinen und uns immer dessen bewußt zu sein, daß das Erbe unseres Eugen Fuchs „Für Deutschtum und Judentum" lebendigen Widerhall in immer weiteren Kreisen der Groß-Berliner Bevölkerung finden muß.

Briefkasten.

Verbandsvorstandssitzung. Die nächste Sitzung des Verbandsvorstandes Groß-Berlin findet am 9. November im „Kaiserhof" statt. Wir bitten die Delegierten, sich diesen Abend frei zu halten, zumal es sich um eine besonders wichtige Tagesordnung handelt.

„Das rote Haus." Eine Wahlzeitung der Deutschen Volkspartei unter diesem Titel trägt den judenfeindlichen „Belangen" Rechnung, indem sie einen Demokraten der Nachkriegszeit in echt deutschvölkischem Sinne zeichnet. Die Deutsche Volkspartei vergißt, daß sie durch dieses Entgegenkommen nichts erreicht: den Völkischen genügt das nicht und für jüdische Wähler ist es unerträglich.

Schriftleitung: Artur Schweriner
Herausgeber: Verband Groß-Berliner Ortsgruppen des Central-Vereins, Berlin SW 68.
Druck: Vereinsdruckerei, Berlin N 112.

PREISAUSSCHREIBEN

Der Groß-Berliner Mitgliederbestand des Central-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens muß gefestigt und erweitert werden. Um zu den zahlreichen werbenden Freunden neue, besonders in der Jugend, zu gesellen, hat uns der Philo-Verlag in großzügiger Weise Büchergaben zur Verfügung gestellt.

Wer bis zum 1. Dezember 1925 10 neue **Mitglieder** in Groß-Berlin wirbt, erhält

ein Buch oder Bücher im Werte von 20 Mk.

die er sich im Philo-Verlag aussuchen kann.

Wer uns bis zum 15. November 1925 in **der Straße seiner Wohnung** 20 Nichtmitglieder des Central-Vereins namentlich mit genauer Adresse aufführt, erhält nach entsprechender Feststellung

ein Buch im Werte von 5 Mk,

das er sich im Philo-Verlag aussuchen kann.

Um rege Beteiligung bittet

Verband Groß-Berliner Ortsgruppen, Berlin SW 68,
Lindenstraße 13.